Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Freitag, den 1. Oktober 1926 — Nummer 218

30prozentige Mietsteigerung in Sicht!

Preußen macht den Anfang, so war es auch bei der Erhöhung der Mieten auf Friedensmiete. Der Wohlfahrtsminister Hirtsiefer erläßt im Amtlichen Preußischen Pressedienst einen Aufruf, in dem es heißt:

„Wir können und müssen die Arbeitslosigkeit dadurch erheblich vermindern, daß wir die Wohnungsnot beseitigen. Damit das Wohnungswesen in Preußen allmählich voll gesundet, brauchen wir eine Bautätigkeit, die für die nächsten Jahre 200 000 neue Wohnungen jährlich herstellt. Dafür werden an öffentlichen Beihilfen jährlich benötigt 1000 Millionen Mark. Als Quelle für diese öffentlichen Beihilfen kommt bis auf weiteres die Hauszinssteuer, die nötigenfalls auszubauen sein würde, in Frage. Um diese eine Milliarde aus der Hauszinssteuer für Neubauzwecke zu erhalten, ist die Erhebung von etwa 50 v. H. der Friedensmiete bei Berücksichtigung der Ausfälle und der gesetzlichen Befreiung nötig. Nötig wäre also eine

weitere Steigerung der Mieten um 30 vom Hundert der Friedensmiete.

Diese Steigerung erscheint auf den ersten Blick unerträglich. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, daß dieses Mehr an Miete von unserer Volkswirtschaft getragen werden muß, wenn wir in absehbarer Zeit aus der Wohnungsnot, aus den schlimmsten Arbeitslosigkeit, aus der Wohnungszwangswirtschaft und letzten Endes auch aus der Hauszinssteuer selbst herauskommen wollen.

Die Vorteile einer erhöhten Bautätigkeit sind also so groß, daß sie von keinem geleugnet werden können. Im übrigen hat kein Mensch von einem erhöhten Bauprogramm einen Nutzen, denn das Mehr an Miete kommt doch, das zeigt die Erfahrung in allen anderen Kulturländern. Zuletzt wende ich mich an jeden Deutschen und jeden Preußen mit der Bitte, an der Erfüllung dieses Programms mitzuwirken."

Diese vom preußischen Ministerium ausgehende neueste Provokation zur Steigerung der Mieten, die sich an „jeden Deutschen" richtet, wird wohl baldigst benützt werden, um den Sturm der Hausbesitzer auch in allen anderen Ländern zu entfachen. Der preußische Wohlfahrtsminister predigt das gleiche Lied, das die sächsischen Minister bei der letzten Mietzinssteuererhöhung in Sachsen auch gesungen haben.

Selbstverständlich sind wir auch für eine Steigerung der Bautätigkeit, wir lehnen aber jede Erhöhung der Mieten ganz entschieden ab. Wir haben in Sachsen schon einen praktischen Erfolg dieser Belastung gesehen. Die Bautätigkeit ist nur ganz minimal gestiegen, die Hälfte der Gelder werden für andere Ausgaben, nämlich für den Staatsapparat gebraucht. Die Ankündigung des preußischen Ministers muß ein Signal für die gesamte Mieterschaft, auch in Sachsen, sein, schon jetzt die entschiedenste Protestbewegung gegen eine weitere Belastung zu entfachen.

Das Heer der Erwerbslosen wird immer größer. Schon jetzt werden die Erwerbslosen in immer größerem Maße von den Hausbesitzern auf die Straße gesetzt, weil sie die hohen Mieten nicht zahlen können. Die Gemeinden quartieren die Obdachlosen in ungesunde feuchte Baracken. Was jetzt mit den Obdachlosen schon zum Teil geschieht, wird bei einer solch ungeheuerlichen Mietsteigerung auch den Arbeitern geschehen, deren Löhne immer mehr abgebaut werden. Auf der Dresdner Tagung haben die Industriellen einen neuen Lohnabbau, die Verschlechterung der Sozialfürsorge, angekündigt.

Der preußische Minister verlangt eine neue Belastung der breiten Massen. **Die gesamte Mieterschaft muß sich geschlossen gegen diesen neuen Anschlag zur Wehr setzen.**

Der Staat, der den Unternehmern Millionenkredite bewilligt hat, der aus den Proleten solche Summen herausquetschte, daß er die Dawesabgaben nach dem Wachstumsindex bezahlen konnte, muß gezwungen werden, die Gelder aus dem Vermögen und Besitz zu erfassen.

Sächsische Mieter, aufgepaßt!

Die „Propagandaarbeit" des Herrn Hirtsiefer wird bald als die Vorlage der Regierungen den Mietern präsentiert werden. Die sächsischen Mieter müssen schon bei den Wahlen in der nächsten Zeit diese Dinge voraussehen, sie dürfen nur die Vertreter wählen, die wirklich den Kampf gegen die unverschämte Belastung aufnehmen werden. Darüber hinaus gilt es, die Front aller Ausgebeuteten herzustellen. Der

Kongreß der Werktätigen

ist die Zusammenfassung aller Kräfte gegen die Ausbeutungsbestrebungen. Mieter, rüstet zum Kongreß der Werktätigen.

Heraus zum Protest gegen die Mietsteigerungen!

Das Signal von Hamburg

17 000 Hafenarbeiter im Streik — Stillegung des Hamburger Hafens

Hamburg, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der Arbeitsminister **Brauns** den zweiten Schiedsspruch für verbindlich erklärte, hat sich der Hafenarbeiterschaft eine ungeheure Empörung bemächtigt. Gestern abend fand eine vom Deutschen Verkehrsbund einberufene, überfüllte Funktionärversammlung statt. Vor dem Gewerkschaftshaus, wo die Versammlung stattfand, erwarteten Tausende von Hafenarbeitern ihren Beschluß. Obwohl die Führer des Deutschen Verkehrsbundes alle Minen springen ließen, um die Funktionäre vom Streikbeschluß abzubringen, wurde trotzdem nach erregter Debatte einstimmig der Streik beschlossen. Dieser Beschluß wurde von den übrigen Hafenarbeitern mit großer Begeisterung aufgenommen. **Heute früh, den 1. Oktober, wird der Hafenbetrieb in Hamburg stillgelegt.**

*

Nachdem vor einigen Tagen die Hafenarbeiter mit Vierfünftelmehrheit sich für den Streik erklärten, versuchte der Arbeitsminister Brauns persönlich eine Einigung in diesem Lohnkonflikt herbeizuführen. Die Verhandlungen, die am Mittwoch unter dem Vorsitz des Vertreters des Reichsarbeitsministers geführt wurden, dauerten 12 Stunden. Das Resultat war ein neuer Schiedsspruch, der nur ganz geringe Verbesserungen vorsah. Eine Konferenz der Obleute befaßte sich sofort mit dem Schiedsspruch und lehnte denselben einmütig ab.

Die Erbitterung der Hamburger Hafenarbeiter über die unnachgiebige Haltung der Unternehmer wurde ins Ungeheure gesteigert, nachdem jetzt der Arbeitsminister Brauns den Schandschiedsspruch für verbindlich erklärte. Gestern haben nun die Hafenarbeiter die Antwort erteilt auf die Hilfestellung, die der Arbeitsminister mit der Verbindlichkeitserklärung den Hamburger Pfeffersäcken leistete. Nach den Meldungen, die heute morgen aus Hamburg vorliegen, ist die Kampfstimmung der Hafenarbeiter glänzend. Heute werden rund 17 000 Hafenarbeiter im Kampfe stehen. Die Behörden sind jetzt schon dabei, eine technische Nothilfe zusammenzustellen. Aber selbst die beste Streikbrechergarde dürfte nicht in der Lage sein, die Arbeit der 17 000 zu verrichten. Von heute an werden keine Schiffe mehr gelöscht, noch geladen werden. Die für Hamburg bestimmten Schiffe werden nach Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen geleitet, denn es ist anzunehmen, daß die Bremer Hafenarbeiter aus Solidarität keine Streikarbeit verrichten werden.

In Bremen stehen übrigens die Werftarbeiter vor einem Lohnkampf. Sie haben den Schiedsspruch abgelehnt, der ihnen

Selbst die Hungerlöhne um ein Jahr verlängert. Auch dort ist mit dem Ausbruch des Kampfes zu rechnen.

Auch die Hamburger Verkehrsarbeiter rücken in die Kampffront ein. Die Tarife für das Verkehrsgewerbe sind abgelaufen und alle Verhandlungen sind bisher ergebnislos verlaufen. Der am Montag gefällte Schiedsspruch, der alles beim alten läßt, wurde abgelehnt. Mit dem Streik der Verkehrsarbeiter ist in den nächsten Tagen zu rechnen.

Wieder einmal sind es die Hamburger Arbeiter, die das Signal zum Kampfe für Lohnerhöhungen geben. Die Hamburger Hafenarbeiter haben erkannt, wie man gegen die Rationalisierungspläne der Unternehmer kämpfen muß. Unter dem Massendruck der Arbeiter müssen die Gewerkschaftsführer, die im ganzen Reiche die Kämpfe der Arbeiter sabotieren, offiziell den Streik proklamieren, der angesichts des heldenmütigen Kampfes der englischen Bergarbeiter erhöhte und besondere Bedeutung erhält. Er ist die erste aktive Unterstützung, die deutsche Arbeiter den englischen Grubenarbeitern bringen.

Die bürgerliche Presse erkennt den Sinn und die Bedeutung des Hamburger Streikes. Eines der führendsten Wirtschaftsblätter Norddeutschlands, der „Hannoversche Kurier", schreibt, daß nicht nur in Hamburg, sondern auch in allen anderen Städten und in anderen Gewerben das Streikfieber „im Anwachsen begriffen sei". Die Unternehmer haben die Bedeutung des Kampfes der Hamburger Hafenarbeiter sehr gut erkannt. Die Herrschaften wissen, was es bedeutet, wenn die Arbeiterschaft sich wieder zu regen beginnt und nicht länger gewillt ist, so zu leben wie bisher. Sie wissen, was dabei für sie auf dem Spiele steht. Deshalb werden sie alle Anstrengungen machen, nicht nur jede Forderung der Arbeiter abzulehnen, sondern jeden Kampf der Arbeiter zu unterdrücken — sie werden es in jedem Falle auf eine Machtprobe ankommen lassen. Die Absicht und das Ziel der Unternehmer ist, die Rationalisierung in Deutschland durchzuführen mit verlängerter Arbeitszeit, mit niedrigen und gesenkten Löhnen und durch erhöhte Antreiberei gesteigerter Arbeitsleistung.

Das erkennt die Arbeiterschaft immer mehr, und langsam, aber sicher findet sich die deutsche Arbeiterschaft zurück von Koalitionspolitik, Burgfrieden, Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsdemokratie, die ihnen von den Gewerkschaftsführern gepredigt werden, auf den Weg des Klassenkampfes.

Der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter ist der Anfang; **er ist das Signal für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, in geeinter Front den Kampf aufzunehmen gegen die Rationalisierungspläne der Industriellen und gegen ihre weitere Verelendung.**

Auslandswochenschau

England und Italien — Sowjetrußland und Marokko — Poincarés Reden — Germersheim — Der russisch-litauische Vertrag — Englischer Rückzug in China? — Die internationale Bedeutung des Bergarbeiterstreiks.

Chamberlain ist von Genf zum Mittelmeer gefahren, um dort mit Mussolini zusammen zu treffen. Die englische Politik ist seit längerer Zeit bestrebt, Italien als Verbündeten zu gewinnen oder doch mindestens eine Schiedsrichterstellung in dem Konflikt Frankreich-Italien zu behaupten. Frankreich ist heute in zwei bedeutsamen Auseinandersetzungen begriffen. Die eine ist die Annäherung an Deutschland, die andere der Mittelmeerstreit mit Italien. Wenn England seine europäische Stellung behaupten will, muß es sich in beide Auseinandersetzungen einschalten. Ein restloses Zusammengehen Englands mit Mussolini war bisher nicht zu erzielen, denn der Grundgedanke der englischen Politik bleibt die Feindschaft zu Sowjetrußland. Mussolini hat sich aber bisher von einer aktiv feindseligen Politik gegen die Sowjetunion ferngehalten. Noch der letzte italienisch-rumänische Vertrag zeigt das Bestreben Italiens, in der bessarabischen Frage Rußland nicht zu provozieren. Die Außenpolitik der italienischen Bourgeoisie betätigt sich vor allem am Mittelmeer. Darüber hinaus hat Italien koloniale Ansprüche in Afrika. Italiens Einmischung in Marokko hat bereits die letzte Völkerbundstagung stark beeinflußt. Mussolini verständigte sich mit Spanien, Spanien verlangte während der Genfer Tagung die Zuweisung der neutralen Stadt Tanger. Daraus entstanden die größten Schwierigkeiten für die Völkerbundstagung. Tanger ist der wichtigste Handelsplatz Marokkos und außerdem durch seine Lage am Eingang des Mittelmeeres von entscheidender strategischer Bedeutung. Frankreich will auf keinen Fall zulassen, daß Tanger in die Hand der Spanier und ihrer italienischen Hintermänner kommt. England hat dem gegenüber eine vermittelnde Formel vorgelegt. Bisher wurde Tanger von England, Frankreich und Spanien gemeinsam verwaltet. Wenn die Ueberweisung Tangers an Spanien sich nicht durchsetzen läßt, so verlangt Mussolini mindestens, daß Italien als vierte kontrollierende Macht neben den drei oben Genannten in Tanger anerkannt wird. Es ist anzunehmen, daß Chamberlain eine Einigung mit Mussolini in der Tangerfrage versuchen wird. Auf jeden Fall benutzt England seine Beziehungen zu Italien als Druckmittel gegen Frankreich für den Fall, daß Frankreich versuchen sollte, zusammen mit Deutschland einen Block Mitteleuropas gegen England zu schaffen. Die Marokkofrage ist trotz des Weltkrieges heute genau so ungelöst wie vor 20 Jahren. Der deutsche Konkurrent ist ausgeschaltet, aber die übrigen imperialistischen Mächte streiten sich weiter um die Beute. Zu den Mächten, die vor dem Weltkrieg den Vertrag über Marokko unterzeichnet haben, gehört auch Rußland. Vor kurzem hat Sowjetrußland ausdrücklich erklärt, daß es seine Ansprüche auf Grund jener Unterschrift aufrecht erhält. Rußland wird keine Veränderung in Marokko anerkennen, die ohne seine Zustimmung geschehen ist. Selbstverständlich hat die Sowjetregierung keine Absicht, sich irgendwie an einer Aufteilung Marokkos zu beteiligen, sondern Sowjetrußland will seinen Rechtstitel nur benutzen, um die Interessen der ausgebeuteten Eingeborenen Marokkos gegen die Kapitalisten zu vertreten.

*

Zur großen Befriedigung der Engländer schreitet die Bildung des deutsch-französischen Blocks äußerst langsam vorwärts. Zur Stunde ist noch nicht einmal der mitteleuropäische Eisenpakt unterzeichnet. Die Opposition der Belgier gegen den geplanten Verteilungsschlüssel ist noch nicht überwunden. Inzwischen hat auch Herr Poincaré gesprochen. Er hat sich prinzipiell mit der Haltung Briands einverstanden erklärt, aber doch angedeutet, daß Frankreich neben den finanziellen Interessen auch auf seine Sicherheit bedacht sein muß. Deutschland wird also eine riesig lange Rechnung zu bezahlen haben, ehe Herr Poincaré die Räumung des besetzten Gebietes gestattet, denn Frankreich stellt die sogenannten Sicherheitsforderungen militärischer Art nur auf, um sie sich in klingender Münze möglichst teuer abkaufen zu lassen. Die Bluttat in Germersheim hat sein stimmungsmäßig die deutsch-französische Annäherung erschwert. Die Entscheidung, ob ein solcher deutsch-französischer Block zustande kommt, hängt aber nicht von lokalen rheinischen Ereignissen ab. England hat Möglichkeiten genug, um ein deutsch-französisches Abkommen zu erschweren, zunächst durch Intrigen in Paris so gut wie in Berlin. In Berlin suchen die Engländer den Eindruck zu erwecken, als wären sie in den Rheinlandfragen völlig auf seiten Deutschlands. Zur selben Zeit begrüßt die Londoner „Times" demonstrativ die scharfen Worte Poincarés gegen Deutschland in der Kriegsschuldfrage. Die englische Presse stellt bereits fest, daß eine Neuregelung der Reparationen und eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes nicht nur Deutschland und Frankreich angeht, sondern sämtliche Siegerstaaten dabei mitzusprechen haben. England behält sich also das Recht vor, jedes deutsch-französische Abkommen erst zu genehmigen. Dann bleibt noch das große Rätsel, wie die amerikanischen Kapitalisten sich zu dem Projekt Stresemann-Briand stellen werden. Nach wie vor ist die amerikanische Bankwelt sehr zurückhaltend. Man weist darauf hin, daß die Amerikaner die deutschen Eisenbahn-Obligationen nur unter bestimmten Voraussetzungen kaufen würden. So müßten die Papiere, die bisher auf deutsche Mark lauten, auf Dollar umgeschrieben werden. Ferner müßte der Dawesplan so geändert werden, daß die Verzinsung der Eisenbahnanleihen und die Ueberführung der Zinsbeträge aus Deutschland nach Amerika unbedingt gesichert wird. Diese sogenannte Transferfrage ist für die deutsche Volkswirtschaft von außerordentlicher Wichtigkeit. Der Dawesplan bestimmt zur Sicherung der deutschen Währung, daß deutsche Barzahlungen ins Ausland nur in ganz bestimmten Grenzen zulässig sein sollen. Die neue Regelung kann dazu führen, daß Deutschland verpflichtet wird, ohne Rücksicht auf andere Umstände jedes Jahr 100 Millionen Dollar oder mehr in fremder Währung zu bezahlen. Die Lösung all der Fragen, die bei der Unterredung in Thoiry zwischen Briand und Stresemann angeschnitten wurden, ist also noch in weiter Ferne.

SLUB
Wir führen Wissen.